

„Ziel ist das solidarische Wir“

Klaus J. Bade zum Einwandererland Deutschland und seinen Aufgaben / Konferenz der Migrationsdienste

pebe Siegen. Seine Formulierungen sind provokativ, seine Analysen scharf. Was der emeritierte Historiker und Migrationsforscher Dr. Klaus J. Bade seinen Zuhörern auf der Konferenz des Kooperationsverbands der Migrationsdienste der Wohlfahrtsverbände und der Stadt Siegen vorsetzte, war alles andere als leichte Kost.

„Integration im Wandel der Zeit – quo vadis?“ lautete das Motto der Konferenz in den Räumen des AWo-Kreisverbands. Neben dem einführenden Vortrag Bades wurden drei Workshops angeboten, die sich mit den Themen „Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“, „Interkulturelle Sensibilisierung“ und „Antidiskriminierungsarbeit“ beschäftigten.

AWo-Geschäftsführer Dr. Andreas Neumann wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass in Siegen die Wohlfahrtsverbände schon lange die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als „dauerhafte sozialpolitische Aufgabe“ betrachteten. Ziel sei nicht einfach ein Verhindern ihrer Marginalisierung, sondern eine „erfolgreiche Aufnahme in die Gesellschaft“. In einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft sei Verschiedenheit das Salz in der Suppe, „die Basis, die die Gesellschaft und auch unser Kreis Siegen-Wittgenstein für Fortschritt und Innovation braucht“. Siegens Sozialdezernentin Babette Bammann wies darauf hin, dass der demografische Wandel auch in der Region zu veränderten Integrationsangeboten führen werde.

Dr. Klaus J. Bade, der für den erkrankten Dr. Johannes Schädler (ZPE der Uni Siegen) einsprang, konstatierte gleich zu Beginn. „Die europäischen Gesellschaften sind längst zu Einwanderergesellschaften geworden.“ Anerkennung der Anderen, ihre Teilhabe an der vorhandenen Gesellschaft, sozialer Friede und Akzeptanz, nicht pure (letztlich unsichere) Duldung, kulturelle Vielfalt seien die „Grundsäulen“ für eine selbstbewusste, moderne „Einwanderergesellschaft“, deren Basis das „Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwanderungsbevölkerung“ sei.



Prof. Dr. Klaus J. Bade (Berlin) hatte provokierende Formulierungen und scharfe Analysen im „Handgepäck“. Foto: pebe

So das Ideal. Vorfindbar und beschreibbar sind indes die Dynamiken des Zusammenwachsens der Bevölkerungsgruppen, das mit einem „rapiden und eigendynamischen Wandel von Strukturen und Lebensformen“ einhergehe, so Bade. Da es zwei betroffene Gruppen gebe, die sich gegenseitig als fremd wahrnehmen, müsse Integrationspolitik auch eine „Integrationspolitik für die Mehrheitsbevölkerung“ sein.

Denn der eigentliche Grund für die Abwehrhaltung der Mehrheitsbevölkerung seien keineswegs ökonomische Ängste, betonte Bade. Vielmehr sei „der Kulturangst weckende Wandel“ der Strukturen der „wesentliche Hintergrund für Abwehrhaltungen“. Nicht wahrgenommen werde dabei, dass Zuwanderung „in der Regel wirtschaftliche Vorteile“ mit sich bringe. Mit ökonomischen Vorteilen ließen sich argumentativ jedoch keine soziologischen „Befindlichkeiten“ verändern. Gleiches gelte auch für die Wahrnehmung der verschiedenen Religionen. Eine Umfrage von

2010 zeige, dass die Deutschen den Vertretern anderer Religionen mehrheitlich weniger Rechte einräumen wollten. Bade: „Das ist verfassungsfeindlich!“

Deutschland habe lange bis zur Erkenntnis gebraucht, dass es ein Einwanderungsland sei, sagte der Migrationsforscher. Vielmehr habe es lange den Versuch gegeben, sich gegen diese Erkenntnis abzuschotten. Bade zitierte den früheren Bundespräsidenten Horst Köhler, der 2006 gesagt habe, Deutschland habe die Integration „jahrzehntelang verschlafen“. Nun versuchten sich viele in „nachholender Integrationspolitik“, die aber nicht verschleiern könne, dass es eine „Verspätung gibt, die nicht mehr einzuholen ist“. Erst spät habe sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Integration auf kommunaler Ebene meist „sehr erfolgreich“ und eben keineswegs „gescheitert“ sei.

Ziel aller sozialen Integration sei die „messbare Teilhabe an zentralen Bereichen der Gesellschaft“. Dazu gehörten Kindererziehung, Schulbildung, Berufsausbildung und -ausübung sowie die politische Teilhabe. Hierbei müsse aber die Integrationsförderung wieder allen Menschen im Staat gelten.

„Ziel ist das solidarische Wir“, formulierte Bade. Dazu sei ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ nötig, in dem die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes mehr sei als nur ein Thema im Sozialkundeunterricht. Auch ein neuer, „transkultureller“ Heimatbegriff als Ausdruck einer „neuen, solidarischen, kollektiven Identität“ sei nötig. Dies wieder erfordere „lebensbegleitende Orientierungsangebote“ in allen Bereichen, auch „Integrationskurse für Deutsche“, meinte er provokativ.

Gelinge der Kurswechsel zu einem selbstbewussten Einwanderungsland nicht, so Bade abschließend, dann werde es zu einem starken Wachstum „völkischer, von Demagogen geführter Gruppen“ und zu vermehrten „kulturrassistischen Strömungen“ mit gefährlicher Sprengkraft in Deutschland kommen.

Siegener Zeitung, Sa., 02.03.13